

Niederschrift
über die 28. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche
am 23.11.2023

Tagungsort: Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann

Herr Niklas Meyer

Frau Johanna Weber

Herr Michael Weber

Bis 18:15 Uhr

SPD

Herr Jörg Benesch

Herr Reinhard Schäfers

Frau Heidemarie Schönrock-

Beckmann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr André Flöttmann

Herr Peter Werner Grätschus

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Dr. Alexander Horstmann

Frau Ruth Wegner

Vorsitz

Die Linke

Herr Bernd Adolph

Herr Dr. Hartwig Hawerkamp

FDP

Herr Gregor Spalek

Von der Verwaltung/Gäste:

Herr Frank Homann und Herr Marvin Hoppert, beide 660 zu TOP 6

Herr Jan Weigel, 600 zu TOP 7

Frau Andrea Strobel, Bezirksamt Jöllenbeck

Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

Entschuldigt fehlen:

Frau Heike Peppmüller-Hilker (SPD)

Frau Heliane Ostwald (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Grün eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 28. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 23.11.2023 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sodann schlägt er folgende Änderung der Tagesordnung vor: TOP 7 und TOP 6 werden direkt im Anschluss an TOP 1 behandelt. TOP 10 wird abgesetzt. Die BV Mitglieder stimmen dieser Änderung einstimmig zu.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Zu Punkt 1.1 Frage von Frau Ziebell

In der Sitzung am 1.6.2023 hat Frau Ziebell Fragen bezüglich der Vorlage zum Bebauungsplan für den ehemaligen Marktplatz, die sich auf die Vermarktung des Grundstücks beziehen, gestellt:

1. Wie ist die Einordnung als Baulandstrategie unabhängiges Verfahren zu verstehen: Wird das Grundstück nun doch nicht nach dafür abgestimmten Vergabekriterien vergeben?
2. Hat die Bezirksvertretung inzwischen wie angekündigt parallel zum Verfahren Vergabekriterien für das betreffende Grundstück erarbeitet? Wenn nicht, bis wann kann damit gerechnet werden?
3. Gilt nach wie vor, dass die Kaufinteressenten über den Stand der Kriterienentwicklung unterrichtet werden?

Antworten des ISB

Zu 1.: Das Grundstück wird nach für dieses Grundstück konkret abgestimmten Kriterien angeboten.

Zu 2.: Nach erfolgter Beteiligung der Bezirksvertretung Schildesche wurde das Grundstück auf dem Immobilienmarkt angeboten. Interessenten haben die Möglichkeit bis zum 30.11.2023 ein Angebot abzugeben.

Zu 3.: Beim ISB bekannte Interessenten, unter anderem die Anfragende, wurden über die Veröffentlichung des Exposés informiert.

Frau Ziebell hat die Antworten schriftlich erhalten.

Zu Punkt 1.2 Frage von Frau Trültzsch-Wiest

Frau Trültzsch-Wiest stellt in der heutigen Sitzung am 23.11.2023 ihre Frage in Form des Briefes, den sie der Schriftführung übergeben hat:

„Anfrage an die Mitglieder der Bezirksvertretung Schildesche bzw. die zuständige Abteilung der Stadt Bielefeld.

Die nachfolgende Anfrage wurde im Rahmen der Sitzung der BV Schildesche am 23.11.2023 unter Punkt 1 der Tagesordnung „Fragestunde“ gestellt.

Im Zusammenhang mit dem geplanten Nordgebäude der Gesamtschule ergeben sich für die direkten Bewohner — insbesondere der Liegenschaften An der Reegt 4 und 6 A bis C — verschiedene Fragen.

Für die Bewohner der neuen Häuser, die vor 11 Jahren hinter der Sparkasse gebaut wurden, steht pro Wohnung auf den Grundstücken ein Stell-/Carportplatz zur Verfügung – alle weiteren PKWs, die zu den Haushalten gehören, parken auf dem etwa 5,40 m breiten Weg, der vom Blumengeschäft Brinkkötter durch das Wohnviertel bis zur Beckhausstraße führt.

Stellen fremde Personen ihren PKW auf den verbleibenden Freiflächen ab, kommt es des Öfteren zu Behinderungen für die Fahrzeuge der Müllabfuhr, der Lieferdienste und möglicherweise auch für Rettungsfahrzeuge.

Mit Schrecken haben wir deshalb auf Seite 18 der Begründung zur Neuaufstellung des Bebauungsplans zum Neubau der Gesamtschule entnommen, dass — und ich zitiere — „... angesichts der erforderlichen hohen baulichen Ausnutzung des nördlichen Teilgrundstücks sowie unter Berücksichtigung der Anforderungen an eine verkehrssichere Erschließung nur die notwendigen barrierefreien Stellplätze für Schule und Stadtbibliothek (3+1) untergebracht werden.“

„Nur 4 Parkplätze“ — das bedeutet, dass die Lehrer und Lehrerinnen ihren PKW auf einer Parkfläche auf dem Alt-Gelände abstellen und von dort zum Nordgebäude laufen müssen - oder aber, und so wird es sicherlich kommen, diese Autos in unser Wohngebiet abstellen.

Hier nun die ersten Fragen:

- 1. Welche Maßnahmen sind möglich, um das Fremdparken in unserem Wohnviertel zu verhindern? Warum hat man an der Ecke Apfel-Westerfeldstraße nicht ein Parkhaus mit einer Cafeteria im Obergeschoß geplant?**

Die nächste Fragestellung bezieht sich auf das Grundstück mit der Bezeichnung „ehemalige Hofstelle“ direkt nehmen dem Stadtbahnhaltestelle. Auf diesem Gelände stehen mehrere Gebäude, die seit Jahren unbewohnt sind und unseres Wissens nicht dem Denkmalschutz unterliegen. Hierzu nun eine weitere Frage:

2. Warum verhandelt die Stadt und auch die Bezirksvertretung Schildesche nicht mit der Eigentümerin vom Flurstück Nr. 2027 (das ist die alte Hofstelle) und realisiert den Neubau an einem Standort — komplett auf dem Altgelände plus der freiwerdenden Fläche der Hofstelle?

Dies wäre doch mal eine vernünftige Maßnahme der Stadt, um die erheblichen Mehrkosten für die Umsetzung des jetzt vorliegenden Verkehrskonzepts (laut Presse 2,5 Mio. Euro im Minimum) abzuwenden!

Die abschließenden Fragen beziehen sich auf das Verkehrskonzept:

- 3. Wird das Teilstück der Straße „An der Reegt“ zwischen Beckhaus- und Apfelstraße für den Privatverkehr gesperrt?**
- 4. Gibt es zukünftig eine Ampelanlage an der Kreuzung Beckhausstraße/Westerfeldstraße?**
- 5. Fakt ist, dass von montags bis freitags auf dem Abschnitt von der Ecke Theesener Straße/Westerfeldstraße bis zur Kreuzung Westerfeldstraße / Engersche Straße sich der Verkehr staut. Wenn nunmehr noch die Linienbusse von der Apfelstraße rechts in die Westerfeldstraße abbiegen, dann ist das Chaos perfekt und die CO₂- Belastung in der Westerfeldstraße wird nochmals deutlich zunehmen. Welches Konzept zum Immissionschutz legt die Stadt hierzu vor?**
- 6. Wo werden Halte-/Wartebereiche für die zahlreichen großen Fahrzeuge während der Bauphase ausgewiesen?**

Vielen Dank für die Klärung und Beantwortung unserer Fragen.“

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Fragen an unterschiedliche Fachämter mit der Bitte um Antwort weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.3 Frage von Frau Schöller

Frau Schöller stellt in der heutigen Sitzung am 23.11.2023 ihre Fragen, die sie auch schriftlich eingereicht hat:

„Die Situation an der Reegt, als ein öffentlicher Raum für den Bus- und Bahnverkehr. Wie bereits in der Stellungnahme erwähnt, beobachten wir seit Beendigung des Lockdowns eine deutliche Veränderung an der Reegt. Zunächst bewegten sich Schülerströme dort in den Pausen zum Bäcker auf der anderen Seite und zu Edeka in den Dorfkern und wieder zurück. Es waren vorwiegend Schüler ab Klasse 10 aufwärts, sowohl Mädchen, als auch Jungen. Sie hinterließen zwar Müll, verhielten sich aber recht friedvoll und entspannt. Inzwischen hat sich das Bild deutlich verändert, denn es halten sich dort nun vorwiegend Jungen aus der Sek.1 zwischen 10 - 15 Jahren auf, wobei die mittlere und ältere Altersgruppe hervorsticht. Sie sammeln sich in der Nähe des Kiosks und an den Bus- und Bahnhaltestellen, sind raumgreifend und laut, höhnen und

pöbeln, und tragen dort ihre „Spasskämpfchen“ aus. Ähnlich kann man sie auch in der Bahn erleben. Sie erobern sich also diesen öffentlichen Raum als Rückzugs- und Aufenthaltsbereich.

Die Bürger reagieren zunehmend verunsichert und fühlen sich sogar schon bedroht. Seit längerer Zeit sichert der Service von Mobil die Region und achtet darauf, dass die Bahnen rechtzeitig abfahren können, dürfen aber nicht eingreifen, da dies ein öffentlicher Platz ist. Inzwischen gab es mehrere Übergriffe auf Bürger und Jugendliche, die bedroht und erpresst wurden, was Ihnen sicher schon bekannt ist. Einen Fall möchte ich erwähnen. Es handelt sich um einen Marienschüler aus der 6. Klasse, der auf dem Heimweg an der Reegt bedroht und wegen Geld erpresst wurde; „sonst bringen wir dich um“. Der Schulleiter hat inzwischen angeordnet, dass die Schüler nur noch zu fünft nach Hause fahren dürfen, so dass im Notfall immer 1 Schüler die Polizei rufen kann. Die Mutter dieses Kindes arbeitet zufällig beim Ordnungsamt und seitdem ist auch das Ordnungsamt dort anzutreffen.

Es zeichnet sich ab, dass sich die Jugendlichen Rückzugsräume erobern, die in unsere Bewegungsfreiheit als Bürger in diesem Stadtteil eingreift und unsere Lebensqualität im öffentlichen Raum deutlich einschränkt. Das Bild, das wir täglich erleben, zeigt bereits Ansätze eines sozialen Brennpunktes, ein Ort, an dem sich eine vergessene Generation sammelt. Die Ursachen und Gründe dafür findet man in Bereichen, die den Schülern nicht anzulasten sind. Bitte, machen Sie sich selbst ein Bild und halten Sie sich in den Pausen, zur Mittagzeit oder nach der Schule an diesem Ort auf, um aus der Sicht des Beobachters diese Szenen ganz wertfrei, erst mal nur mit den äußeren Sinnen zu beobachten. Nehmen Sie dann diese Bilder nach innen und spüren, was dies alles mit Ihnen macht!?

Vielleicht ergeht es Ihnen dann so wie uns und Sie fragen sich:

Frage 1: Wie kann diese Situation in der Zukunft bewältigt werden, wenn hunderte von Schülern täglich die Reegt von einem Standort zum anderen überqueren!? Erforderlich dafür ist ein sehr gut durchdachtes Verkehrskonzept, das die Schülerströme geregelt über die Reegt führt. Ein Konzept, das auch die Bedürfnisse aller Bürger v.a. der vulnerablen Bevölkerungsgruppe und der Anwohner aufgreift und einbezieht. Nur gemeinsam können wir ein gelingendes, friedvolles Miteinander erreichen.

Daran schließt sich gleich unsere Unterfrage:

Frage 2: Wie sollen die Schülerströme auf das neue Schulgelände am Standort 2 geführt werden? Ist ein Zu- und Abgang direkt von der Reegt aus auf das neue Gelände vorgesehen?

Wir können uns jetzt schon kaum vorstellen, wie ein noch höheres Verkehrs- und Schüleraufkommen an der Westerfeldstraße bewältigt werden kann. Außerdem befürchten wir, dass sich neue Rückzugsräume in unseren Wohngebieten und im alten Kern von Schildesche auftun. Unsere Forderung ist, ein ausgewogenes Verkehrskonzept, das Bürgerbeteiligung bereits in der Planungsphase miteinbezieht und das die Bedürfnisse

aller Beteiligten berücksichtigt und noch vor der Bauphase der Öffentlichkeit vorgestellt wird.“

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Fragen an das Amt für Verkehr mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 1.4 Frage von Frau Schlömann

Frau Schlömann stellt ihre Frage in der heutigen Sitzung am 23.11.2023.

Frau Schlömann sorgt sich vor allem um die Fläche an der Westerfeldstraße/Apfelstraße. Dieses Grundstück mit den zahlreichen Bäumen sei als Ausgleichsfläche für den starken Verkehr an der Westfeldstraße gedacht.

Ihre Frage/Bitte ist die, schonend mit der Natur umzugehen. Wie kann für die entfallende Fläche ein Ausgleich geschaffen werden. Ersatzbäume benötigen Jahre bis Jahrzehnte, bis sie die gleiche Wirkung wie alte Bäume entfalten.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Frage mit der Bitte um Beantwortung an das Fachamt weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 1.5 Frage von Herrn Dr. Hüttemann

Herr Hüttemann stellt seine Fragen in der heutigen Sitzung am 23.11.2023, die er schriftlich einreicht:

„Fragen zum Bauprojekt Gesamtschule Schildesche

1. Wie setzen sich die derzeit genannten Baukosten von € 132 Mio. zusammen?
 - Baukosten Gebäude
 - Außenanlagen (Grünfläche, Hecke, Bäume etc.)
 - Ersatzbepflanzung für 138 Bäume etc.
 - Verkehrskonzept
 - Architekten
 - Gutachten, Beratung
 - Preissteigerungen bis wann?
 - Städt. Mitarbeiter (geschätzt in Std.)
2. Wieviel und welche Kosten sind davon bisher angefallen?
3. Wieviel und welche Kosten sind bisher für den Altbau bzw. das Südgelände angefallen und in obigen Kosten enthalten / nicht enthalten?
4. Wie sollen die € 132 Mio. (durch ISB oder Stadt) finanziert werden?

5. Welche Zuschüsse oder sonst. Förderungen sind beantragt, zu erwarten bzw. eingeplant?
6. Wer trägt die Kosten, die über 132 Mio. Euro hinausgehen?
7. Welche Miete wird die Stadt für den nördlichen Neubau und für den südlichen Gebäudekomplex voraussichtlich an den ISB zahlen müssen?“

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Fragen an den ISB mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.6 Frage von Frau Scholz-Thomas

Frau Scholz-Thomas stellt ihre Frage in der heutigen Sitzung am 23.11.2023.

Frau Scholz-Thomas hat eine Frage zu den Verhandlungen mit der Besitzerin der Hofstätte. Nach ihren Informationen wurde der Besitzerin der marktübliche Preis abzüglich der Abrisskosten angeboten.

In ihren Augen sei das unüblich, da am Ende nur ein eher geringer Betrag übrigbleiben würde. Ihre Frage: Warum wurde der Besitzerin kein faireres Angebot unterbreitet?

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Frage an das Fachamt mit der Bitte um Antwort weiterzuleiten.

Zu Punkt 1.7 Frage von Herrn Hilker

Herr Hilker stellt seine Frage in der heutigen Sitzung am 23.11.2023. Er übergibt ein Schreiben an die Schriftführung und bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen.

„Sehr geehrte Damen und Herren,

der geplante Neubau der Gesamtschule auf dem Gelände an der Apfelstraße bzw. Westerfeldstraße stößt bei vielen Menschen — nicht nur — in Schildesche auf völliges Unverständnis.

Die Fällung von 138 Bäumen ist in einer Zeit, in der sich die Klimasituation derart zugespitzt hat, in keiner Weise zu rechtfertigen. Wenn für eine hundertjährige Buche 2.700 junge Bäume gepflanzt werden müssen, um einen entsprechenden Beitrag zur Kohlendioxid-Minderung zu erreichen, wird für jeden deutlich, was da verlorengeht. Bei 138 Bäumen wären tausende junger Bäume als Ausgleich notwendig, und auch das wird hohe Kosten verursachen. Das solche Ersatzpflanzungen tatsächlich stattfinden, bleibt mehr als fraglich.

Eine neue Schule für Kinder und Jugendliche zu bauen und gleichzeitig den Klimawandel wieder einmal nicht ernst zu nehmen, ist ein Widerspruch in sich. Die Gebäude der Martin-Niemöller-Gesamtschule sind im Vergleich zu anderen Schulgebäuden noch gar nicht alt. Wer die Schule im Laufe der Jahre beobachten konnte, hat den Eindruck gewonnen, dass der Baubestand nicht gepflegt worden und so mit der Zeit verkommen ist.

Wenn sie jetzt in einem für alle Beteiligten unzumutbaren Zustand sind, ist das sehr bedauerlich, hätte aber durch frühzeitige Renovierungsmaßnahmen verhindert werden können. Die Gebäude jetzt aufzugeben und dafür einen neuen riesigen Komplex zu errichten, ist in den Augen vieler Menschen unsinnig und in diesen Zeiten unverantwortlich. Wieder wird Grünfläche verbraucht und versiegelt und eine Vielzahl für ein erträgliches Klima so dringend notwendiger Bäume vernichtet. Wir fragen uns, wie das zu rechtfertigen ist.

Der Neubau der Gesamtschule wird kostenintensiv sein. Auch die jetzigen Schulgebäude können ja nicht einfach so liegenbleiben. Hier werden zusätzliche Kosten entstehen.

Wie ist es möglich, dass jeder Tag Bauverzögerung 52.000 Euro kostet? Eine Bauverzögerung ist grundsätzlich immer möglich, und das muss bei der Planung berücksichtigt werden. Es erscheint wie Erpressung, dass nun ganz schnell gehandelt werden muss, damit die Steuerzahler nicht schon für Unsummen aufkommen müssen, die entstehen, weil noch nicht gebaut werden kann. Das ist mit gesundem Menschenverstand nicht nachzuvollziehen.

Dass es keine Alternativen zum geplanten Neubau der Gesamtschule gab/gibt, ist schlicht nicht vorstellbar. Diejenigen, die an einem Neubau ein starkes Interesse haben, schließen Alternativen aus.

Bei genauerem Hinsehen und Nachdenken legt sich doch der Schluss nahe, die jetzigen Gebäude zu renovieren und zu erhalten, Bäume zu erhalten und eine Grünfläche, die noch nicht versiegelt worden ist und erhalten bleiben sollte.

Hier bietet sich jetzt die Gelegenheit, den geplanten Neubau nicht um jeden Preis durchzuziehen, sondern mit guten Gründen die bisherigen Pläne zu ändern und die Martin-Niemöller-Gesamtschule am bisherigen Platz zu erhalten.

Das wäre ein Zeichen, auf das viele Menschen jetzt und hier warten und eine Möglichkeit, verlorenes Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.“

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Fragen an das Fachamt mit der Bitte um Beantwortung weiterzuleiten.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 27. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 19.10.2023

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 19.10.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

3.1 „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

Das Bauamt macht folgende Mitteilung:

Anlass:

Projektstand der Bearbeitung der Stadtteilzentren im Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

Sachverhalt:

Zur Stärkung der Stadtteilzentren und der Innenstadt erhält die Stadtverwaltung Bielefeld finanzielle Unterstützung durch das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“. Bereits in der Informationsvorlage 5314/2020-2025 wurde zu den Einzelmaßnahmen, die durch das Bauamt und durch das City.Team der Stadt Bielefeld geplant sind, informiert.

Mit Hilfe von Fördergeldern sollen erstmalig die Stadtteilzentren in ihrer Gesamtheit untersucht und mit Einzelmaßnahmen unterstützt werden. Hierfür wurde eine Informationsveranstaltung am 19. April 2023 für die Bezirksvertretungsmitglieder organisiert, in der die vier Einzelprojekte für die Stadtteilzentren erläutert wurden.

Mit der Umsetzung der ersten Maßnahme „Stadtteilzentren als lernende Räume“, über die ein Stärkungskonzept für die 20 Zentren und drei Vertiefungskonzepte für ausgewählte drei Stadtteilzentren erarbeitet werden sollen, wurde bereits begonnen.

Den Auftrag für die Bearbeitung des Stärkungs- und der drei Vertiefungskonzepte hat das *Institute for Design Strategies* der Technische Hochschule Ostwestfalen-Lippe aus Detmold erhalten. Die Auftragnehmerin wird in den nächsten Wochen anhand von aufgestellten Kriterien wie u. a. Versorgungs- und Aufenthaltsqualität, Bezirkskultur, Anbindung zum Stadtteilzentrum und die Vernetzung zum Stadtzentrum die 20 Stadtteilzentren aktiv untersuchen.

Weiter erhalten die Akteure und Schlüsselpersonen in den jeweiligen Bezirken eine Informationsmail zum Projekt und dem weiteren Verfahren. Der ersten räumlichen Untersuchung folgt dann eine Beteiligungsphase mit den Schlüsselakteuren. Im Rahmen der Akteursbeteiligung ist die Teilnahme der Bezirksbürgermeister*innen beabsichtigt. Diese wird für Mitte Januar bis Mitte Februar 2024 avisiert.

Die Verwaltung wird über die Ergebnisse der Untersuchung und Beteiligungsverfahren informieren und einen Vorschlag zur weiteren Konkretisierung im Frühjahr 2024 unterbreiten.

Weitere Informationen können unter www.bielefeld.de/ziz nachgelesen werden.

3.2 Erweiterung des Spielplatzes am Obersee um einen Matsch- und Wasserspielplatzbereich

Der AfUK hat in seiner Sitzung am 7.11.2023 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der Spielplatz am Obersee um einen Wasser- und Matschspielplatzbereich erweitert werden kann.

3.3 Weihnachtsbaum auf dem Kirchplatz

Der diesjährige Weihnachtsbaum wird vom Umweltbetrieb am Dienstag, 28.11.2023 auf dem Schildescher Kirchplatz aufgestellt.

3.4 AG Erinnerungskultur

Herr Adolph (Die Linke) teilt mit, dass sich der Arbeitskreis Erinnerungskultur am 30.11.2023 um 16:30 Uhr per Zoom-Sitzung trifft.

3.5 Flüchtlingsinitiative

Herr Adolph berichtet, dass die Flüchtlingsinitiative wieder einen Kalender für 2024 herausgebracht hat. Ein eventueller Erlös geht an die Flüchtlingsinitiative. Der Kalender kann für 10 Euro bei Herrn Adolph gekauft werden.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Situation in den bezirklichen Grundschulen, namentlich der Eichendorffschule (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke u. Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7101/2020-2025

Fragen:

1. Wie kann die schlechte Reinigungsqualität der Toilettenanlagen einschließlich der starken Geruchsbelästigung, namentlich an der Eichendorffschule und an anderen Schulen nachhaltig und zum Wohle der Kinder verbessert werden?

2. Wann werden die im Zuge der Corona- Pandemie für sehr viel Geld angeschafften Luftfilteranlagen angeschlossen und wann werden die bereits vor längerer Zeit bestellten Fahrradbügel aufgestellt?

Antwort zu 1:

Eine Sonderreinigung der Jungentoiletten an der Eichendorffschule ist zuletzt in den Herbstferien durchgeführt worden, löst das Problem aber anscheinend nur kurzfristig. Über eine dauerhafte Lösung müsste in Abstimmung zwischen dem Amt für Schule und dem ISB nachgedacht werden. Die Schulleiterin der Eichendorffschule hat angeregt, die Urinale tiefer aufzuhängen. Diese seien in Bezug auf die Höhe nicht für kleine Kinder geeignet. Inwieweit das eine adäquate Lösung darstellen könnte, müsste noch geprüft werden.

In der Pflanzschule ist eine Beschichtung der Fliesen auf dem Boden durchgeführt worden. Leider musste bei einer Objektbesichtigung in der letzten Woche festgestellt werden, dass sich an drei Stellen Urin auf dem Boden befand (Bildmaterial ist vorhanden) und insofern Uringeschmack zu verzeichnen war.

Antwort zu 2:

Die Luftfilteranlage soll nach Auskunft der ausführenden Fachfirma in den nächsten zwei Wochen in der Schule installiert werden.

Zwischen dem Amt für Schule und dem Amt für Verkehr wurde eine Prioritätenliste zur Installation von Radabstellanlagen erstellt, in der die Eichendorffschule mit der höchsten Priorität eingestuft wurde. Informationen darüber, wann eine Umsetzung der Maßnahmen an der Eichendorffschule geplant ist bzw. erfolgen wird, liegen dem Amt für Schule aktuell nicht vor.

Frau Schönrock-Beckmann erklärt, dass Sonderreinigungen nicht ausreichend seien. Es müsse regelmäßig gründlich gereinigt werden.

Zu den Urinalen merkt sie an, dass die generell für kleine Kinder im Grundschulalter nicht geeignet sind. Die Kinder kennen das nicht. Kleine Toiletten seien sinnvoller.

Ferner bittet Frau Schönrock-Beckmann darum, dass die bestellten Fahrradbügel endlich installiert werden. Die Kinder schaffen es nicht, ihre Fahrräder in die vorhandenen alten Ständer hochzuheben.

Zu Punkt 4.2 Ausbau des Weges im Bultkampppark (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7103/2020-2025

vertagt

Zu Punkt 4.3 Errichtung und Inbetriebnahme der Ampel für Zufußgehende im Abschnitt Torfstichweg/Jöllenbecker Straße (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7120/2020-2025

vertagt

Zu Punkt 4.4 Verbesserung der Beleuchtungssituation im Grünzug hinter der Waldorfschule (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen v. 13.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7129/2020-2025

vertagt

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Planung und Ausweisung eines neuen Park- & Ride-Platzes in unmittelbarer Nähe der Endstation Schildesche "An der Reegt" (Antrag der CDU-Fraktion v. 13.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7105/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) erklärt, dass die Parksituation rund um den Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule spätestens mit dem Wegfall des jetzigen P + R – Parkplatzes sehr unbefriedigend sein wird. Auch sei nach wie vor unklar, welche Mobilitätsstation wann gebaut wird. Deshalb sei dieser Antrag als Anstoß an die Verwaltung zu verstehen, eine ganzheitliche Planung vorzustellen. Die bisherige Antwort des Amts für Verkehr, einen Parkplatz als Interimslösung auf dem südlichen Teil des bisherigen Grundstücks zu errichten, sei bekannt.

Herr Benesch (SPD) verweist auf die zitierte Antwort des Amts für Verkehr vom August 2023. Zu diesem Zeitpunkt sei diese Antwort ausreichend.

Herr Adolph (Die Linke) und Frau Wegner (B 90/Die Grünen) stimmen dieser Ansicht zu. Zu einem späteren Zeitpunkt mache ein solcher Antrag Sinn.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über den Antrag abstimmen. Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt die Verwaltung zu beauftragen, bis März 2024 eine umfangreiche Planung für einen neu auszuweisenden Park-&Ride-Platz in unmittelbarer Nähe der Endstation Schildesche (An der Reegt) vorzulegen. Dabei die ist die bisherige Größe (Anzahl der Stellplätze) nicht zu unterschreiten. Ebenfalls sollen die Ideen der Mobilitätsstation berücksichtigt werden, damit Carsharing-Angebote Platz finden, E-Fahrzeuge geladen werden können sowie das sichere Abstellen von privaten Fahrrädern (auch E-Bikes, Lastenräder) sowie das Ausleihen von Fahrrädern möglichst ist.

Die Fertigstellung ist schnellstmöglich nach Ende der Nutzungsmöglichkeit des bisherigen P-&R-Platzes an der Westerfeldstraße sicherzustellen.

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zustimmung: 3
 Enthaltung: 1
 Ablehnung: 10

-.-.-

Zu Punkt 6

Umsetzung des Verkehrskonzeptes der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6929/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Herrn Homann und Herrn Hoppert (beide Amt für Verkehr) zur Berichterstattung.

Herr Hoppert stellt kurz die einzelnen Teilmaßnahmen vor:

- A 4 Knotenpunkt Apfel-/Westerfeldstraße
- W1 Straßenabschnitt Westerfeldstraße
- A3 Querungshilfe – Knoten Westerfeldstraße
- A2 Knoten An der Reegt – Querungshilfe
- A1 Knoten Apfelstraße/An der Reegt
- R2 Verbreiterung Gehweg „An der Reegt“ mit LSA

– R1 Verbreiterung Gehweg und FGÜ „An der Reegt“

Auf die Frage von Herrn Adolph (Die Linke) berichtet Herr Homann, dass die Lichtsignalanlage (LSA) am Knotenpunkt Westerfeld-/Beckhausstraße gebaut wird (in der Vorlage steht noch der Sachverhalt „wird geprüft“).

Herr Adolph begrüßt dies, weist aber darauf hin, dass an der Beckhausstraße trotz LSA ein langer Rückstau entstehen könne und dass die Autofahrer in diesem Fall die Straße An der Reegt nutzen, um Wartezeiten zu vermeiden.

Herr Benesch (SPD) erklärt, dass die Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen einen Ergänzungsantrag zu dieser Vorlage stellen werden. Ein Teilpunkt dieses Antrags war die Errichtung einer LSA an der Westerfeld-/Beckhausstraße, deren Bau bereits im Jahr 2022 von der BV mehrheitlich beschlossen wurde. Durch die soeben erfolgte Erklärung, dass die LSA gebaut wird, wird dieser Teil des Antrags überflüssig. Herr Benesch begrüßt ausdrücklich diese Entwicklung.

Der zweite Teil des Antrags betrifft die Straße An der Reegt. Hier hatte das Ingenieurbüro Röver im Zuge der Planungen eine Einbahnstraßenregelung vorgeschlagen, die zurzeit nicht mehr geplant ist. Der Antrag sieht eine Evaluierung der Maßnahmen nach einem Jahr vor. Genauer Text des Ergänzungsantrags: s. TOP 6.1, Drucksachenummer 7186/2020-2025.

Herr Benesch betont ausdrücklich die Wichtigkeit des Neubaus der Martin-Niemöller-Gesamtschule, die eine wichtige Investition in die Ressource Bildung darstelle!

Herr Homann und Herr Hoppert begrüßen den Ergänzungsantrag, da er aufgreift, was das Amt für Verkehr bei Durchsetzung einer solchen neuen Maßnahme sowieso plant. Die vorgestellten Maßnahmen seien aus heutiger Sicht die Schritte, die geeignet sind, den großen Anforderungen gerecht zu werden. Sie seien nach bestem Wissen und Gewissen geplant, bedürfen aber besonders im ersten Jahr einer ständigen Überprüfung.

Herr Kuhlmann (CDU) erklärt, dass seine Fraktion grundsätzlich der Vorlage zustimmen werde. Er begrüßt die Aussage des Amtes für Verkehr, dass nach Fertigstellung die Maßnahmen überprüft und ggf. korrigiert werden, da alle Schritte Auswirkungen auf die umliegenden Straßen haben werden. Auch der Bau der LSA an der Kreuzung Westerfeld-/Beckhausstraße werde Auswirkungen auf die andere große Kreuzung in Schildesche, Talbrückenstraße/Engersche Straße haben. Die möglichen Auswirkungen der Autofahrer, die sich kleinere Straßen zur Umfahrung suchen, müssen abgewartet werden. Ebenso müsse beobachtet werden, wie sich die Schülerinnen- und Schülerströme (SuS-Ströme) An der Reegt verhalten, ob sie tatsächlich die Fußgängerampel nutzen werden.

Herr Adolph (Die Linke) begrüßt die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger, die seine Einstellung bestätigen, dass dieses Verkehrskonzept nicht funktionieren werde. Bereits jetzt seien auf der Westerfeldstraße häufig lange Staus festzustellen, das werde noch verschärft werden.

Herr Adolph berichtet von einem Experiment: Menschen mit körperlichen Einschränkungen haben in der Straße An der Reegt nach kurzer Zeit für

einen langen Rückstau von Autos bis in die Beckhausstraße gesorgt, weil sie eine längere Zeit zum Überqueren der Straße benötigten. SuS-Ströme werden den gleichen Effekt erzeugen: sie gehen zwar schneller, werden aber häufig in großen Gruppen unterwegs sein. Er sieht die Schulwegsicherheit in Gefahr.

Herr Spalek (FDP) erklärt, dass die FDP sowohl das in seinen Augen völlig überbeuerte Schulprojekt als auch das Verkehrsgutachten rundherum ablehnt.

Auf die Frage von Herrn Schäfers (SPD), ob die geplanten Umbauarbeiten an der Wendeschleife Endstation Linie 1 die Straße An der Reegt betreffen, erklären Herr Homann und Herr Hoppert, dass Ihnen dazu keine Informationen vorliegen. Anmerkung der Schriftführung: Diese Informationen werden am nächsten Tag (24.11.2023) nachgereicht, so dass sie hier in der Niederschrift aufgenommen werden können: „Für den Einsatz des Vamos sind minimale Anpassungen an der Bahnsteigkante erforderlich. Die Geometrie und Anordnung der Wende- und Umsteiganlage bleibt unverändert. Die Straße an der Reegt ist in keiner Weise betroffen.“

Auf die entsprechende Frage von Herrn Grätschus (B 90/Die Grünen) erläutert Herr Hoppert, dass die LSA an der Kreuzung Westerfeld-/Beckhausstraße so von den Bussen gesteuert werden kann, dass hier eine zügige Fahrt möglich ist. Ebenso können auch die Fußgänger-LSA An der Reegt sowie die LSA an der Kreuzung Apfelstraße/An der Reegt vom Busverkehr angesteuert werden.

Die geplante Fußgängerrampe An der Reegt schaltet zwischendurch um auf „Verkehr frei“, wenn sie zu Stoßzeiten sehr häufig von den SuS gedrückt wird.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bittet zunächst um Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen und stellt folgendes Ergebnis fest: Der Ergänzungsantrag (vgl. Drucks. 7186/2020-2025, TOP 6.1) wird mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen angenommen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt und der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

- a) Dem Umbau des Knotenpunkts „Apfelstraße / Westerfeldstraße“ entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.
- b) Der Neuanlage von einer Bushaltebucht an der „Westerfeldstraße“ wird zugestimmt.

Die Bezirksvertretung Schildesche beschließt:

- a) Dem Umbau der Straße „Apfelstraße“ entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.

- b) Dem Umbau des Knotenpunkts „Apfelstraße / An der Reegt“ entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.
- c) Dem Umbau der Straße „An der Reegt“ entsprechend der vorgelegten Planung wird zugestimmt.
- d) Eine Evaluierung der Maßnahmen nach spätestens 12 Monaten, um zu prüfen, ob die vollzogenen Maßnahmen des Straßenabschnitts R1 und R2 An der Reegt zur ausreichenden Verkehrssicherung beigetragen haben.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zustimmung: 12

Ablehnung: 3

-.-.-

Zu Punkt 6.1 Ergänzungsantrag der Fraktionen SPD und B 90/Die Grünen zur Drucksache 6929/2020-2025 "Verkehrskonzept MNG"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7186/2020-2025

Text des Ergänzungsantrags:

„Wir beantragen bei der Planung des Straßenabschnitts R1 und R2 „An der Reegt“ eine Evaluierung der Maßnahmen nach spätestens 12 Monaten, um zu prüfen, ob die vollzogenen Maßnahmen zur ausreichenden Verkehrssicherung beigetragen haben.“

Begründung:

Im Fokus unserer Ergänzungen zur vorliegenden Beschlussvorlage zur Umsetzung des Verkehrskonzepts der Martin-Niemöller-Gesamtschule steht die sichere Querung der Straße „An der Reegt“ für die Schüler*innen und alle anderen Bürger*innen von Schildesche. Ein von Anfang an fester Zeitraum zur Evaluierung der vollzogenen Maßnahmen stellt sicher, dass nicht erst bei einer Häufung von Unfällen im Rahmen einer Gefährdungslage gehandelt wird.“

Die Beratung, Beschlussfassung und Protokollierung dieses Tagesordnungspunktes erfolgt unter TOP 6.

- mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zustimmung: 12

Ablehnung: 1

Enthaltung: 2

-.-.-

Zu Punkt 7 Einzustellendes Bauleitplanverfahren

- Stadtbezirk Schildesche -

Beschluss zur Einstellung des Bauleitplanverfahrens:

- Nr. II/1/26.00 Teilaufhebung „Schloßhofstraße“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6738/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung und begrüßt Herrn Weigel vom Bauamt. Es liegt jedoch kein Beratungsbedarf der BV-Mitglieder vor.

Ohne weitere Aussprache fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt und der Stadtentwicklungsausschuss der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Das folgende Bauleitplanverfahren wird eingestellt: Nr. II/1/26.00 Teilaufhebung „Schloßhofstraße“.
2. Die Einstellung des Bauleitplanverfahrens ist öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Lärmprüfung Engersche Straße zwischen Beckhausstraße und Am Vorwerk

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6842/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) wundert sich, dass auf den Antrag vom 21.11.2019 (Tempo 30 auf Engersche Straße) fast vier Jahre später mit einer Informationsvorlage geantwortet wird.

Sie hätte sich für die gesamte Länge der Straße die Einrichtung von Tempo 30 gewünscht, nicht nur auf dem Teilstück „Beckhausstraße zwischen Stadtheider Straße und Engersche Straße sowie Engersche Straße zwischen Beckhaus- und Schillerstraße“.

Sie verweist auf Seite 4 der Vorlage: Demnach wird eine Tempo 30-Regelung in der Nacht im Bereich der Lichtsignalanlage (LSA) Engersche Straße/Schillerstraße empfohlen. Dazu müsse die LSA programmtechnisch neu berechnet und die BV über das Ergebnis informiert werden. Frau Wegner bitte darum, dass dies zeitnah geschehe.

Herr Kuhlmann (CDU) empfindet die neue Regelung als Stückwerk, da nur auf einem kurzen Stück der Straße Tempo 30 eingerichtet wird. Dazu müssen die Autofahrer bremsen, um dann wieder zu beschleunigen. Seiner Meinung nach ist eine abgestimmte Ampelsteuerung ein besseres Mittel, den Verkehrsfluss positiv zu regeln. Er bittet die Verwaltung um entsprechende Planung.

Herr Benesch (SPD) spricht sich für Tempo 30 nachts aus. Dies hätte positive Auswirkungen auf die Nachtruhe der Anwohner in dieser stark befahrenen Straße.

Die BV nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 Zwischenbericht zur Schnellbuslinie S15 Bielefeld – Enger – Spenge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6886/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Herr Dr. Hawerkamp (Die Linke) berichtet von einer positiven Erfahrung mit dieser Buslinie. Die Fahrt vom Obersee nach Spenge war sehr angenehm und zügig.

Die BV nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10 Errichtung eines Fahrradsteifens an der Beckhausstraße

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Zu Punkt 11 Vergabe von Sondermitteln des Stadtbezirks Schildesche im Haushaltsjahr 2023

Die Bezirksvertretung beschließt die Ausgabe von Sondermitteln 2023 wie folgt und fasst folgenden

Beschluss:

Kita Kipps Hof	Weichbodenmatte	865,00 €
InSchildesche	Zuschuss zum Stifts- markt 2023	600,00 €
Kita Plaißstraße	Kauf von Cajons	750,00 €
Bewegungskita Purzel- baum	Material/Bewe- gungs-unterstützung	600,00 €

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 **Vergabe der "Kleinen Grünunterhaltungsmittel" für den Stadtbezirk Schildesche im Haushaltsjahr 2023**

Die Grünmittel für Schildesche in Höhe von 6.612,00 Euro sind zu vergeben. Ohne weitere Aussprache fasst die BV folgenden

Beschluss:

Aufstellung einer Teamschaukel der Fa. SIK-Holz auf dem Spielplatz Obersee-Süd, SPIE 23139 am Wilhelm-Wehmeyer-Weg.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Wahl einer stellvertretenden Trägervertreterin/eines stellvertretenden Trägervertreterers im Rat der städtischen Kita Huchzermeierstraße in Schildesche**

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Als stellvertretender Trägervertreter für die Kita Huchzermeierstraße wird Herr Niklas Meyer (CDU) gewählt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 14.1 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Fahrradabstellplätze der Linie 3 "Babenhhausen Süd" (Antrag 6641/2020-2025 des Vertreters der FDP v. 22.8.2023

Das Amt für Verkehr teilt zur Anfrage „Fahrradabstellplätze an der Endhaltestelle der Linie 3 "Babenhhausen Süd““ mit der Drucksachenummer 6641/2020-2025 mit:

Die angesprochene Haltestelle sowie die Fläche liegt in der Verantwortlichkeit der moBiel GmbH.
moBiel hat die Aufstellung von weiteren Fahrradbügeln an der Endstation Babenhhausen Süd geprüft.

Nach Ortsbesichtigung Anfang November stellt sich der Ist-Zustand wie folgt dar:

- Die mittig am WC-Gebäude angeordnete Radabstellanlage hat eine Kapazität von 20 Rädern bei lockerer Aufstellung bzw. maximal 40 Räder bei dichter Aufstellung. Die Anlage war mit 12 Rädern belegt, davon 3 mit „plattem“ Hinterreifen.
- Die nordwestlich in der Grünfläche angeordnete Radabstellanlage mit einer Kapazität von 10 Rädern bei lockerer Aufstellung bzw. maximal 20 Räder bei dichter Aufstellung war mit 13 Rädern belegt, davon 2 mit „plattem“ Hinterreifen.

Neben der nordwestlichen Radabstellanlage bestände auf der Grünfläche daneben außerhalb des Traufbereichs der Bäume eine kleinere Fläche für ergänzende Fahrradbügel, die aber für das Aufstellen befestigt werden müsste. Hierfür wären jedoch weitergehende Abstimmungen und Baumaßnahmen erforderlich.

moBiel wird daher zunächst, die an den Radabstellanlagen nicht mehr genutzten Räder ("Fahrradleichen") entfernen, um zusätzliche Abstellkapazitäten zu schaffen.

Hinsichtlich der Aufstellung von weiteren (provisorischen) Radbügeln sollte dann eine weitere Überprüfung der Situation bis im kommenden Frühjahr / Sommer abgewartet werden.

-.-.-

Zu Punkt 14.2 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Informationen über städtebauliche Entwurfsarbeiten von Studierenden zum Schloßhofareal (Dr. 6890/2020-2025)

Anlass:

Anfrage der BV Schildesche vom 19.10.2023 zum Umgang des Bauamts mit den Ergebnissen des Studierendenwettbewerbs für das Schloßhofareal

Frage:

Das Bauamt wird um Darstellung gebeten, wie sichergestellt werde, dass die Vorschläge der Studierenden zum Schloßhofareal nicht verloren gehen. In welcher Form finden sie sich in den weiteren Planungen zum Beispiel für das Kowert-Gelände wieder?

Antwort des Bauamts:

Die vorliegenden Ergebnisse der studentischen Arbeiten zeigen das Spektrum möglicher Entwicklungsszenarien und bereichern damit aus Sicht der Verwaltung den politischen und öffentlichen Diskurs zur Frage, wie es der Stadt Bielefeld gelingen kann, eine generationsgerechte Stadtentwicklung unter Berücksichtigung vielschichtiger und unterschiedlicher Bedürfnisse zu betreiben.

Die erarbeitete Rahmenplanung für das Schloßhofareal ist insgesamt noch zu konkretisieren. Diesbezüglich wird im weiteren Verfahren geprüft inwieweit die vorliegenden Ideen in die Planung einfließen, um den Bereich städtebaulich weiterzuentwickeln und aufzuwerten. Zu berücksichtigen sind neben den Belangen unterschiedlicher Fachdisziplinen auch grundsätzliche Aspekte zur Umsetzbarkeit wie zum Beispiel die Flächenverfügbarkeit, die Wirtschaftlichkeit und eine mögliche Finanzierung der angestrebten Maßnahmen.
